

Corona – Chance oder Gefahr für Vertiefung der EU

Sehr bezeichnend für die derzeit herrschende Stimmung sind die Äußerungen des Philosophen Rudolf Burger in einem ORF Interview vom vergangenen Sonntag.

Burger sieht zurecht in den anfänglich zutage getretenen Auswüchsen mangelnder Solidarität gegenüber stark betroffenen Mitgliedsländern wie Italien und Spanien den hinlänglichen Beweis für das Scheitern des derzeit geltenden EU-Vertragswerkes. Zitat: „Die politische Union ist tot, das Projekt einer Staatswerdung wie es von einer lautstarken Gruppe von Träumern immer wieder propagiert wird ist tot“.

Bei allem Verständnis für diese schonungslose Kritik – totgesagte leben meist länger. Es wäre fatal, die Vision einer politischen Union mit einem gemeinsamen Recht für Klima- und Umweltpolitik, Finanz-, Steuer- und Sozialrecht in das Reich von Träumern zu verbannen. Gerade jetzt, beim Versuch, das gesellschaftliche und wirtschaftliche Leben wieder hochzufahren zeigt sich, wie hilfreich es wäre, könnte man sich an EU-weit einheitliche Gesetzes-Rahmen halten.

Lokal geplante Grenzöffnungen zwischen Österreich und Deutschland könnten zu erheblichen Verwerfungen mit anderen Mitgliedsländern (Italien oder Spanien) führen.

Die Problematik der Wieder-Einreise osteuropäischer Pflegekräfte könnte möglicherweise auch darin begründet sein, dass man hierzulande den verhängnisvollen und für die hier tätigen Pflegekräfte sehr nachteiligen Beschluss der Familienbeihilfen-Indexierung für EU-AusländerInnen gefasst hat.

Trotz schwieriger Ausgangslage stehen längst fällige Steuer-Reformen an, welche dringenden ökologischen Anforderungen gerecht werden sollen. Nationale Alleingänge erscheinen hier aus Wettbewerbsgründen schwierig bis unmöglich.

Bereits jetzt wird sich zeigen, wie sinnvoll es wäre, das kommende 7-Jahres EU-Budget mit entsprechend höheren Mitgliedsbeiträgen und Eigen-Einnahmen (z.B. EU-weit gültige Abgaben auf Finanztransaktionen) zu dotieren um betroffene Mitgliedsländer beim „Wiederaufbau“ entsprechend unterstützen zu können. In diesem Zusammenhang sei erwähnt, dass alleine die weltweit getätigten Verteidigungs-Ausgaben mittlerweile Zweitausend Milliarden Dollar!!

betragen und die NATO massiven Druck auf die Mitgliedsländer Deutschland, Frankreich, Italien etc. ausübt, deren Verteidigungsausgaben auf 2% des BIP (für Deutschland z.B. 70 Mrd €)!!! zu erhöhen!

In Kenntnis dieser ideologischen Fehlentwicklungen müsste es doch möglich sein, zumindest in der EU alle verfügbaren Kräfte zu bündeln und vorhandene Mittel zur Unterstützung der darniederliegenden Volkswirtschaften zu verwenden. Bei etwas gutem Willen könnte am Ende dieses eher langfristigen Prozesses eine deutliche Vertiefung EUROPAS hin zu einer politischen UNION stehen.